Nr. 1 | 16. Februar 2024 AZB / 8002 Zürich / Post CH AG



76. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen Kanton Zürich



Im Gespräch mit dem neuen Parteipräsidium der FDP Kanton Zürich

Seit Dezember 2023 ist Filippo Leutenegger Parteipräsident der FDP Kanton Zürich, gemeinsam mit Vizepräsidentin Raffaela Fehr und Vizepräsident Matthias Müller. Im Rahmen unseres «Im Gespräch mit»-Segments werden ihre Beweggründe, sich als Teil der Führung einzubringen, ihre persönlichen Erfahrungen und die Visionen, die sie für die Partei haben, erläutert.

Seite 9

Super Sunday am 3. März 2024

Das Jahr 2024 startet im Kanton Zürich politisch intensiv. Die heisse Phase des Abstimmungskampfs hat bereits begonnen. National stimmen wir über die FDP-Renteninitiative ab. Im Kanton Zürich stehen am 3. März gleich drei kantonale Themen an, die für uns wichtig sind: Wir setzen uns für ein Ja zu den Pistenverlängerungen und zur Anti-Chaoten-Initiative, ein und wir bekämpfen die Uferinitiative. In dieser Ausgabe widmen wir informative Beiträge den Abstimmungen sowie den Aktualitäten, die die Ortsparteien beschäftigen. Informationen zu den Abstimmungsvorlagen: Seite 3–8

Besuchen Sie den digitalen «Zürcher Freisinn» unter www.fdpzh-freisinn.ch/ oder schauen Sie gleich hier rein!

Hier geht's zum digitalen «Zürcher Freisinn»:



Legen wir los!

Editorial von Filippo Leutenegger

Wir haben mit neuer Führung losgelegt – und setzen alles daran, dass die FDP Kanton Zürich wieder zulegt. Der liberale Kompass stimmt. Wir müssen aber spürbar werden, Kante zeigen, ohne unsere differenzierte Haltung zu verleugnen.

Im aktuellen Abstimmungskampf haben wir beste Gelegenheit dazu. Wir müssen die AHV nachhaltig sichern, dem Flughafen Sorge tragen und die Enteignungsuferinitiative bodigen. Unsere Vertreterinnen und Vertreter sind sehr präsent – vom Auftritt an der Pressekonferenz bis zum Schoggi-Verteilen an der Standaktion. Das schafft Verbindlichkeit zu den Wählerinnen und Wählern.

Auch über den 3. März hinaus sind wir gefordert. Ziel des Vorstands ist, dass die FDP Kanton Zürich verstärkt eigene Akzente setzt. Was beschäftigt die Zürcherinnen und Zürcher – und wie können wir ihnen mit liberalen Ideen helfen? Das erarbeiten wir, gemeinsam mit Ihnen. Last, but not least braucht es finanzielle Mittel, um schlagkräftig zu sein. Unterstützen Sie uns auch auf diese Weise – ein Spendenbrief liegt diesem «Zürcher Freisinn» bei.

Vielen Dank für Ihr Engagement, herzliche Grüsse und bis bald!



Filippo Leutenegger, Präsident FDP Kanton Zürich



Beteiligen Sie sich an der Umfrage des «Zürcher Freisinns». Wir sind daran interessiert, uns kontinuierlich zu verbessern, und möchten herausfinden, wie gut die Zürcher und die Schweizer «Freisinn»-Ausgaben bei unseren Mitgliedern ankommen. Vielen Dank für Ihre aktive Mithilfe.

Inhalt

0	7"	_			
3 - 9	Zürcher	۱	ים ב	ın	n
J-J	Zuitiiti	11	ษเจ	111	П

10-12 Kampagnen

- 13 Parolenspiegel
- 14 Rückblick Bundesratswahlen
- 15–17 Delegiertenversammlung 2024 in Zug
- 18/19 Europapolitik
- 20/21 Migrationspolitik
- 22 Energiepolitik
- 23 Kolumne Andri Silberschmidt



Liebe Freisinnige

Die 52. Legislaturperiode hat soeben begonnen. Die vergangene Legislatur war geprägt von Krisen, geopolitischen Verwerfungen und einem ausgesprochenen Reformstau im Inland. Mehrmals setzte der Bundesrat Notrecht ein, in etlichen Bereichen blockierte das Parlament sich selbst. Auch wenn die Welt in den vergangenen Monaten vor neue Herausforderungen gestellt wurde: Es ist unabdingbar, dass unser Land in den kommenden vier Jahren die längst fälligen Reformen in der Altersvorsorge, im Gesundheitswesen oder in der Sicherheits- und Energiepolitik anpackt und umsetzt. Dazu braucht es Gestaltungswillen, Zuversicht, Mut, Konsensfähigkeit. Als bürgerlich-liberale Kraft übernehmen wir Freisinnige Verantwortung für unsere Schweiz und prägen stabile und mehrheitsfähige Wege für die Herausforderungen dieser Zeit.

Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis wiedergewählt

Eine erste Duftmarke setzte das Parlament anlässlich der Wiederwahl der bisherigen Bundesräte. Trotz Ränkespielen von Mitte-links hat sich die Bundesversammlung am Ende zu den etablierten und bewährten Regeln bekannt, wonach die drei stärksten Parteien Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat und die viertstärkste Partei Anspruch auf einen Bundesratssitz hat. Diese Zauberformel sowie die Konvention, dass amtierende Bundesräte nicht abgewählt werden, bringen unserem Land Stabilität. Eine Stärke, die nicht leichtfertig aufgegeben werden darf.

Zukunft der AHV: Verantwortung übernehmen, Realitäten anerkennen

Die FDP ist die bürgerlich-liberale Kraft, die seit

jeher Verantwortung für dieses Land übernimmt. Wir erkennen Realitäten und richten unsere Lösungsvorschläge danach aus, anstatt wie Mittelinks und die SVP Traumtänzerei zu betreiben und die Augen vor den Tatsachen zu verschliessen. Wir Freisinnigen muten es den Schweizerinnen und Schweizern zu, zur Sicherung der AHV mit der Renteninitiative eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters vorzuschlagen. Und wir stehen hin und sagen: Mit der 13. AHV-Rente fahren wir unser wichtigstes Sozialwerk innert weniger Jahre an die Wand. Diese Rentenerhöhung per Giesskanne ist weder sozial noch generationengerecht noch nachhaltig.

Weiterentwicklung bilaterale Beziehungen mit EU

Ebenso ist es im Interesse der Schweiz, dass die Beziehungen mit der EU wieder auf eine solide Basis gestellt werden. Der Fortschritt des Bundesrates, ein Verhandlungsmandat zur Weiterentwicklung des bilateralen Wegs zu verabschieden, ist zu begrüssen. Die EU ist unser wichtigster Handelspartner. Wir teilen eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Werte. Nun ist es unerlässlich, dass alle Akteure ihre Verantwortung wahrnehmen und sich für eine mehrheitsfähige Lösung einsetzen. Alle politischen Parteien und Sozialpartner haben ihre kurzfristigen Wahl- oder Partikularinteressen dem Wohl des Landes hintanzustellen.

Ihr Thierry Burkart

Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Mrs.



Renteninitiative: für eine nachhaltige AHV

Wer die AHV sichern will, kann Renten kürzen, die Steuern erhöhen – oder das Rentenalter sanft erhöhen. Letzteres wollen wir mit der Renteninitiative, über die wir am 3. März 2024 abstimmen.

Die Zukunft der AHV sieht düster aus. Das Bundesamt für Sozialversicherungen rechnet bis ins Jahr 2050 mit einem kumulierten Umlagedefizit von rund 130 Milliarden Franken. Oder anders gesagt: Der AHV droht der Kollaps.

Der Grund für diese Entwicklung liegt auf der Hand: die steigende Lebenserwartung. Bei Einführung der AHV im Jahre 1948 betrug die Lebenserwartung eines Frischpensionierten 12 Jahre. Der heute 65-Jährige darf sich dagegen einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 21 Jahren erfreuen. Hinzu kommt: 1948 kamen auf einen Rentner 6,5 Beitragszahler. Zurzeit wird ein Rentner von 3,3 Erwerbstätigen finanziert, bis 2050 wird sich das Verhältnis auf 2,2 verschlechtern.

Wenn immer weniger Berufstätige eine immer höhere Rentenlast schultern müssen, gibt es nur drei Möglichkeiten, an dieser Schieflage etwas zu ändern: Erstens: Der Staat muss die AHV mit noch mehr Steuergeld alimentieren. Zweitens: Die Rentenzahlungen fallen geringer aus. Oder drittens: Das Rentenalter wird sanft erhöht. Nur: Höhere Steuern und Abgaben sind angesichts der schwierigen Wirtschaftslage kaum zu verantworten. Geringere Rentenzahlungen kommen ebenso wenig in Frage.

Derweil schreitet der demografische Wandel aber unerbittlich voran. Deshalb wagen wir uns mit der Renteninitiative an die Altersgrenze heran. Unsere Initiative schlägt vor, das Rentenalter bis 2033 von 65 auf 66 Jahre zu erhöhen. Anschliessend soll das Rentenalter an die Lebenserwartung gebunden werden. Das wird auch in vielen europäischen Ländern so gehandhabt. Damit setzen wir beim entscheidenden Grund für die finanzielle Schieflage der AHV an: Wir werden immer älter.

Mit der Renteninitiative reformieren wir die AHV evidentermassen nachhaltig, denn sie wird finanziell erheblich entlastet. Des Weiteren vermag die Renteninitiative die Zuwanderung in unser Land bis 2050 um fast 25% zu verhindern, weil wir stärker auf das Inländerpotenzial setzen können. Schliesslich führt die Renteninitiative zu mehr Steuereinnahmen auf allen Stufen unseres Staates. Eine politische Win-Win-Win-Situation.

Matthias Müller, Vizepräsident FDP Kanton Zürich und Präsident Jungfreisinnige Schweiz



Matthias Müller

Eine längere Piste macht keinen grösseren Flughafen

Die Pistenverlängerung schafft mehr Sicherheit und mehr Pünktlichkeit. Nicht mehr, nicht weniger!

Der Flughafen Zürich verfügt über ein selten kompliziertes Pistensystem. Eine Kreuzung inmitten eines internationalen Drehkreuzes ist alles andere als optimal. Im Normalbetrieb während des Tages starten die Flugzeuge nach Westen und landen separiert von Norden. Wenn aber der Wind dreht oder es zu anderen Vorfällen kommt, wird es kompliziert. Zudem schränken die politischen Vorgaben aus Deutschland die Optionen zum Verspätungsabbau am Abend drastisch ein.

Eine Verlängerung der Pisten im Norden sowie im Westen um 280 beziehungsweise 400 Meter führt deshalb zu mehr Sicherheit, weil alle Flugzeuge auf allen Pisten landen und starten können. Zudem steigt die Pünktlichkeit, weil Verspätungen während des Tages besser abgebaut werden können. So sind am Abend mehr Flugzeuge schon in der Luft, anstatt sich am Boden in der Warteschlange zu stauen.

Keine Grundsatzabstimmung

Das Referendum gegen die Pistenverlängerung hat deshalb etwas Irritierendes. Wenn es doch

um mehr Sicherheit und mehr Pünktlichkeit geht, warum sind vor allem linke Parteien und Organisationen dagegen? Es geht gerade nicht um eine Grundsatzabstimmung über die Kapazität des Flughafens. Eine längere Piste führt nicht dazu, dass sie durch mehr Flugzeuge benutzt werden kann. Das wäre intuitiv feststellbar, doch leider verweigern sich die Gegner dieser Einsicht vollständig.

Dazu passt auch folgende entlarvende Anekdote, welche ich persönlich erlebte: Als Mitglied einer Kommission besichtigte ich während der Corona-Zeit den fast leeren Flughafen. Die Szenerie hatte etwas Gespenstisches, die Abflugtafeln waren ausgedünnt, nur wenige Schalter und Läden waren überhaupt geöffnet. Einer linken Gemeinderätin schien dieses Bild jedoch zu gefallen. Sie posaunte: «Genau diesen Flughafen wünsche ich mir!» Welcher Hohn für alle Angestellten und Reisenden!

Ja zur Pistenverlängerung

Es ist offensichtlich, dass es keine wirklich guten Argumente gegen die Pistenverlängerung gibt. Den Flughafen als Ganzes über diese Abstimmung schwächen zu wollen, ist deshalb ein zweifelhaftes



Dominique Zygmont

Vorgehen. Deshalb stimme ich Ja zur Pistenverlängerung.

Dominique Zygmont, Präsident FDP Oetwil am See

Die Uferinitiative wäre auch schädlich für die Natur

Am 3. März kommt die Uferinitiative zur Abstimmung. Sie würde hohe Kosten von einer halben Milliarde Franken bringen, die Hürde für Enteignungen senken – und der Natur massiv schaden. Diesen letzten Punkt möchte ich hier als Präsident des Vereins Zürichsee Landschaftsschutz beleuchten.

Die Biodiversität wird beeinträchtigt

Der Nutzungsdruck am Zürichsee ist heute schon gross. Verschiedenste Interessengruppen konkurrenzieren um den begehrten Zugang zum See: Schwimmer, Ruderer, Segler, Badegäste, Wakeboarder, Fischer, die Schifffahrt und die Fähre, Pedalofahrende, Anwohner und viele mehr. Die Natur ist bereits gestresst. Die Laichplätze der Fische und Rückzugsorte für diverse Tiere und Pflanzen im und auf dem Wasser sind in Frage gestellt. Ein durchgehender Uferweg, der auch Menschen an alle heute noch ruhigere Stellen führt, würde diese wichtigen Ruhezonen weitgehend verschwinden lassen.

Wichtig ist auch: Es gibt heute nur noch wenige Flachwassergebiete im Zürichsee. Sie sind für das Leben im Wasser wichtig; sie stellen bei den Mittellandseen «Kinderstuben» für Fauna und Flora dar. Die Biodiversität wird mit einem durchgehenden Bau eines Uferweges respektive mit Stegen nachhaltig beeinträchtigt. Leider geht heute zudem oft vergessen, dass der Zürichsee auch Trinkwasserspender ist und die Förderung der Wassergüte nicht mit Füssen getreten werden darf.

Punktuelle Aufwertungen des Seezugangs umsetzen

Auch aus meiner Sicht ist wichtig und möglich, dass punktuelle Aufwertungen des Seeufers angestrebt werden. Dafür ist die heutige Regelung im Strassengesetz ausreichend. Sie sieht vor, dass jedes Jahr bis zu 6 Millionen Franken für neue Uferwegabschnitte eingesetzt werden. Verschiedene Projekte sind denn auch in der Planung. Rücksicht zu nehmen ist gemäss der aktuellen Regelung auf Naturschutz und Eigentumsverhältnisse. Das ist der richtige Weg.

Nicht vergessen werden darf, dass im Kanton Zürich mit knapp 26 Kilometern beinahe die Hälfte des Uferwegs rund um den Zürichsee gebaut ist. Auf weiteren 12,4 Kilometern verläuft er als Verbindung auf dem Trottoir entlang der Seestrasse.



Thomas Isler

Auf 12,6 Kilometern Länge bestehen noch Lücken. Eine durchgehende Umsetzung mit Kosten von einer halben Milliarde Franken würde also bedeuten, dass pro Meter 40000 Franken ausgegeben würden. Das ist völlig unverhältnismässig. Das viele Geld kann besser eingesetzt werden.

Thomas Isler,

Präsident Zürichsee Landschaftsschutz

Anti-Chaoten-Initiative

Immer wieder können wir in den Medien von Besetzern lesen, die sich weigern, freiwillig ein Haus zu räumen. Von Klimaaktivisten, die sich auf der Autobahn festkleben. Oder von Demonstrationen, die in Gewaltorgien enden. Alles Aktionen, die einen ausserordentlichen Polizeieinsatz erfordern, für den aktuell die Allgemeinheit aufkommt. Eine Belastung der Verursacher ist bisher nur selten erfolgt – selbst wenn diese bekannt waren und eine gesetzliche Grundlage für eine Kostenverrechnung existiert. Es fehlte schlicht der politische Wille. Die Anti-Chaoten-Initiative und der Gegenvorschlag wollen das ändern.

Die Initiative fordert:

- eine Bewilligungspflicht für Demonstrationen, Kundgebungen und andere Veranstaltungen;
- die Kostentragung für Polizeieinsätze und Schäden durch Veranstalter und Teilnehmer illegaler sowie Störer bewilligter Demonstrationen und Veranstaltungen;
- die Kostenüberwälzung auf Besetzer für die Räumung besetzter Liegenschaften.

Der Gegenvorschlag nimmt die beiden wichtigsten Punkte auf: die Kostenauferlegungspflicht und die Bewilligungspflicht. Anders als die Initiative knüpft er aber am Begriff des ausserordentlichen Polizeieinsatzes an und ist damit umfassender. Wer einen solchen vorsätzlich auslöst – unabhängig vom Anlass –, dem werden Kosten verrechnet. Bei Grobfahrlässigkeit soll das nicht gelten. Hier geht die Initiative weiter. Auch Regelungen für die Kostentragung bei Schäden verlangt der Gegenvorschlag nicht, denn solche existieren bereits heute.

Unsere Kantonsratsfraktion hat sich sowohl für die Initiative als auch für den Gegenvorschlag ausgesprochen. Wer mit illegalem Handeln hohe Kosten verursacht, soll die Konsequenzen zumindest teilweise selber tragen. Die allgemeine Bewilligungspflicht wiederum ist für die Planung von Polizeieinsätzen sowie für den Schutz der Bevölkerung und der Demonstrierenden selbst unerlässlich. Unsere Delegierten haben deshalb, der Kantonsratsfraktion folgend, in aller Deutlichkeit ein Ja zur Anti-Chaoten-Initiative und ein Ja zum Gegenvorschlag beschlossen.



Angie Romero

Bei der Stichfrage haben sich Kantonsratsfraktion und Delegierte für den Gegenvorschlag ausgesprochen. Dieser bringt im Wesentlichen die gleichen Vorteile, ist aber einfacher und somit schneller umsetzbar.

Angie Romero, Kantonsrätin



21. Februar: Podiumsdiskussion zur Uferinitiative, Küsnacht24. Februar: Flyeraktion Uferinitiative,Bahnhof Stadelhofen

15. März: Sessionsapéro, Flughafen Zürich 9. April: ao. Delegiertenversammlung, Affoltern Die Details zu unseren Veranstaltungen finden Sie auf unserer Website www.fdp-zh.ch.

Zeit für eine Wende in der Zürcher Wohnpolitik

Es wäre vermessen, den politisch Verantwortlichen der Stadt Zürich die alleinige Schuld an den hohen Mieten zu geben. Tatsache aber ist, dass in den letzten Jahrzehnten der rot-grünen Übermacht die falsche Politik betrieben (und in den letzten Jahren leider noch akzentuiert) wurde.

Statt der steigenden Nachfrage Rechnung zu tragen und unbürokratisch mehr Wohnraum zu schaffen, werden Wohnungen künstlich verbilligt. Anstelle einer reibungslosen Zusammenarbeit zwischen Staat und Privaten herrscht Konkurrenz. Die Stadt gibt in nur zwei Jahren eine Milliarde Franken aus, um Liegenschaften zu kaufen: Umverteilung statt Schaffung von Wohnraum. Zudem baut die Stadt auch viel langsamer als Private, weshalb diese Verstaatlichung de facto zu einer Verlangsamung des Wohnbaus führt.

Ausserdem wird alles dem Ziel untergeordnet, den Anteil der gemeinnützigen Wohnungen in Zürich auf einen Drittel zu steigern. Die städtische Wohnpolitik verkehrt sich aber in ihr Gegenteil, wenn zum Beispiel beim SBB-Projekt Neugasse 375 Wohnungen verhindert werden, weil dort tatsächlich jemand ein bisschen Geld verdienen will.

Was Zürich wirklich braucht, sind mehr Wohnungen! Aus diesem Grund hat die FDP mit der GLP, der SVP und der Partei Die Mitte die Volksinitiative «Mehr Wohnraum durch Aufstockung» lanciert.

Das Ziel der Initiative ist, dass bestehende Gebäude (nicht aber Neubauten!) in Zürich um ein Stockwerk erhöht werden dürfen. Umweltfreundlich ist diese Idee, weil ein Anreiz entsteht, dass bestehende Gebäude nicht abgebrochen und ersetzt werden. Dadurch werden Grünanlagen geschützt und wird graue Energie, die bereits im Gebäude gebunden ist, nicht freigesetzt. Wir nennen die Initiative auch «quartierverträglich», weil bei einer Aufstockung – im Gegensatz zu einem Neubau – die Mietverträge in den meisten Fällen weitergeführt werden. Dadurch bleiben gewachsene Strukturen und Beziehungen in den Quartieren bestehen.

Natürlich macht eine Erhöhung um ein zusätzliches Stockwerk nicht überall Sinn. In der Alt-



Hans Dellenbach

stadt, entlang der Flüsse oder des Sees, in geschützten Ortskernen oder auch anderswo: Die Initiative sieht hier Ausnahmen vor.

Im Kern aber verlangt die Initiative eine Wende in der Zürcher Wohnpolitik: Endlich vorwärtsmachen! Endlich mehr Wohnraum für alle statt Millionensubventionen für wenige!

Hans Dellenbach, Gemeinderat FDP Stadt Zürich

Präsidiumwechsel Jungfreisinn

Nach drei Jahren als Präsident der Jungfreisinnigen Kanton Zürich werde ich das Amt an der nächsten GV am 15. März 2024 abgeben. Damit möchte ich mein Versprechen einhalten, welches ich schon an den Hearings für das Präsidium vor über drei Jahren gegeben habe: Ich werde das Amt bis nach den Nationalratswahlen ausüben. Wenn dann ein starker Vorstand und potenzielle Nachfolger bestehen, werde ich das Amt mit gutem Gewissen weitergeben. Zudem bin ich der Meinung, dass der Jungfreisinn möglichst viele junge Talente fördern soll. «Sesselkleber» sind im Jungfreisinn fehl am Platz.

Ich darf auf drei wunderschöne Jahre zurückblicken. Das Amt habe ich mitten in der Coronapandemie übernommen – an einer digitalen GV im März 2021. Das Parteileben im digitalen Rahmen beizubehalten, war wahrlich nicht einfach. Deshalb hat es mich umso mehr gefreut, als wir uns danach wieder treffen durften und beispielsweise gegen die Lex Netflix und für die Renteninitiative gekämpft haben (letzterer Kampf dauert noch an).

Ich sehe Highlights verschiedenster Art in meiner Zeit beim Jungfreisinn. Wir haben beispielsweise die Anzahl der Mandatsträger aus dem Jungfreisinn steigern können – heute 21 an der Zahl und einzusehen auf unserer (neuen) Website. Ein Erfolg der anderen Art ist der Besuch von 15 Jungfreisinnigen aus dem Kanton Zürich in Dublin auf der JFZH-Reise. Die diversen Programmpunkte, vom Parlamentsbesuch und vom Treffen mit der Jungpartei bis hin zu Rugbyspiel und Pubbesuchen, zeigen auf, dass der Jungfreisinn nicht nur Politik, sondern auch Freundschaft bedeutet.

Meine politische Zukunft sieht vorerst etwas ruhiger aus. Ich bleibe der FDP Stadt Zürich Kreis 2 als Vizepräsident erhalten und werde ein aktives Mitglied in FDP und Jungfreisinn bleiben. Bei den Wiederwahlen des Parteivorstands der FDP Kanton Zürich werde ich mich nicht mehr zur Verfügung stellen. So kann dieser frei werdende Platz durch ein Mitglied des neu gebildeten Vorstands JFZH eingenommen werden.



Luis Deplazes

Zum Schluss möchte ich mich bei allen, die mich in dieser Zeit begleitet haben, herzlich bedanken. Das Parteileben ist nur so aktiv, wie die Mitglieder.

Luis Deplazes,

Präsident Jungfreisinnige Kanton Zürich

Am 3. März stimmt das Ustermer Stimmvolk ab über die Volksinitiative der FDP Uster, «Nachhaltigkeit auch finanziell – Schuldenbremse für Uster!»

Nachhaltigkeit darf nicht nur ökologisch, sondern muss auch wirtschaftlich und sozial verstanden werden. Die Stadt Uster ist bereits heute mit über 130 Millionen Franken Schulden belastet, und 700 Millionen Franken an Investitionen sind bis 2040 in der Planung. Diese Investitionsvorhaben werden nicht alle aus eigenen Mitteln bezahlt werden können. Steigende Schulden und der Anstieg des Zinsniveaus drohen, den Spielraum der künftigen Generationen massgeblich einzuschränken. Der Gefahr einer dadurch einsetzenden Negativspirale ist daher mit klaren Regeln zu begegnen.

Der mit der Initiative vorgeschlagene Weg zu nachhaltigen Finanzen entspricht einer austarierten, massvollen Lösung, die nötige Investitionen nicht abwürgt. Sie verlangt, dass die Stadt für nachhaltige Finanzen sorgen muss. Um das sicherzustellen, dürfen die kurz- und langfristigen Schulden gesamthaft nicht mehr als 70 Prozent des Gesamtertrags des letzten abgeschlossenen Rechnungsjahrs der Stadt Uster betragen. Steigen die Schulden über diese Marke, muss der Stadtrat beim kommenden Budgetjahr und bei den drei folgenden Planjahren verbindlich aufzeigen, wie die Schulden wieder unter diese Marke gesenkt werden können.

Diese Regelung ist als Ergänzung zum im Gemeindegesetz und in der Gemeindeordnung definierten mittelfristigen Ausgleich zu sehen. Dieser bezieht sich nur auf die Abschlüsse in den Jahresrechnungen und sagt aber nichts darüber aus, wie die möglichen Verluste zustande kommen. Bei einer hohen Verschuldung und steigenden Zinsen







 $Simon\ VIk$

fressen die dadurch anwachsenden Zinszahlungen den finanziellen Spielraum auf. Eine solche Entwicklung soll die Schuldenbremse abmildern, indem sie die unbegrenzten Forderungen und Ansprüche von Interessengruppen und Parteien einschränkt.

Marc Thalmann, Gemeinderat und Präsident Initiativkomitee

Simon VIk, Kantonsrat und Kampagnenleiter der Initiative



Spital Uster AG: Aktienkapitalerhöhung – ambulant vor stationär – das Tarifsystem steckt im Reformstau

Die fehlgeleitete Gesundheitspolitik und der Reformstau im Gesundheitsdepartement lassen den Spitälern und insbesondere den Regionalspitälern die Luft ausgehen.

Um die Kosten für die Allgemeinheit zu senken, wird landauf, landab die Devise «ambulant vor stationär» proklamiert. So richtig dieser Ansatz für die Gesundheitskosten ist, so falsch ist er aus betriebswirtschaftlicher Sicht für die Verantwortlichen der Spitäler. Denn das aktuelle Tarifsystem – ein neues scheint im ehemaligen Departement Berset im Stau zu stecken – lässt bei ambulanten Behandlungen faktisch keinen kostendeckenden Betrieb zu. Die Verantwortlichen der Spital Uster AG kommen so in ein Dilemma. Dem Aktionariat verpflichtet, dürften sie den Grundsatz «ambulant vor stationär» nicht beherzigen, der Allgemeinheit, welche mit den steigenden Gesundheitskosten zu kämpfen hat, verpflichtet,

dafür umso mehr. Das schafft so keine faire Ausgangslage für das Management und keine fairen Bedingungen, um eine für die Region so wichtige Institution zu beurteilen. Zusammengefasst eine wenig liberale Ausgangslage.

Das Spital Uster ist zusammen mit seiner Notfallstation in Dübendorf das zentrale Element der regionalen Gesundheitsversorgung, dies manifestiert sich nicht zuletzt in seinen knapp 50 000 Pflegetagen jährlich. Mit über 1200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist das Spital zugleich auch der grösste Arbeitgeber im Ort. Dies und das grosse regionale Einkaufsvolumen machen das Spital zu einem wirtschaftlich grossen Player von regionaler Bedeutung.

Die Herausforderungen der letzten Jahre brachten das Spital in finanzielle Schieflage. Zwischenzeitlich sind die Massnahmen zur Sanierung implementiert und die Spital Uster AG auf zuversichtlichem Kurs.



Gianluca Di Modica

Trotzdem werden zusätzliche Mittel benötigt – Eigen- und Fremdkapital. Deshalb befinden die Aktionärsgemeinden über eine Aktienkapitalerhöhung. Der «Staat» springt also ein. Zusammengefasst eine wenig liberale Vorgehensweise – jedoch bei dieser Ausgangslage für die Region unumgänglich.

Bleibt zu hoffen, dass im «neuen» Departement Baume-Schneider der Reformstau überwunden wird und sich die bürgerlich-liberalen Kräfte einbringen können. Denn die Spitäler – gross oder klein – kommen aus ihrem Dilemma nicht aus eigener Kraft raus.

Gianluca Di Modica, Gemeinderat FDP Uster

Interview mit unserem neuesten Fraktionsmitglied im Kantonsrat, Claudio Zihlmann: «Endlich Abstimmungen gewinnen!»

eine grosse Ehre und Freude, mich mit vollem Ein-

satz für unsere freisinnigen Werte und den Kanton

Claudio: Seit dem 4. Dezember 2023 bist du im Kantonsrat – wie fühlst du dich?

Überwältigt! Ich durfte für Bettina Balmer, welche in den Nationalrat gewählt wurde, für den Kreis 7+8 in den Kantonsrat nachrutschen. Es ist mir Zürich einsetzen zu dürfen. Nun heisst es: in die Hosen steigen und Grundlagenarbeit für die Fraktion leisten.

Steckbrief Claudio Zihlmann

- Jahrgang: 1989
- Wohnort: Stadt Zürich, Kreis 8
- Aufgewachsen: Zürcher Oberland, Gemeinde Maur (Bezirk Uster)
- Ausbildung: Master Unternehmensführung an der Universität St. Gallen HSG
- Berufliche T\u00e4tigkeit: Leiter Wirtschaftspolitik Z\u00fcrcher Handelskammer ZHK, davor UBS, Universit\u00e4t Luzern und Procter \u00e4 Gamble (P \u00e4 G)
- Politische Erfahrung: Seit Ende 2023 Kantonsrat. 2022–2024 Gemeinderat Zürich; Präsident FDP Zürich Kreis 7 + 8 seit 2021, davor Präsident Jungfreisinnige Stadt Zürich
- Weiteres Milizengagement: aktiver Milizoffizier (Hauptmann S2); Aktuar Genossenschaft Zofingia Zürich

Wie war dein Start?

Der Start war «gäch» – so waren die ersten Kantonsratssitzungen von der jährlichen Budgetdebatte geprägt. In dieser Debatte durfte ich ein Novum erleben: Wir Bürgerlichen gewinnen tatsächlich Abstimmungen! Das war für mich als Zürcher Gemeinderat neu – so rennen wir bekanntlich in Zürich jedes Jahr aufs Neue gegen die rot-grüne Wand, um endlich die Steuern zu senken. Leider vergeblich. In ehrfürchtiger Erinnerung ist aber auch der erste Tag im Kantonsrat, an dem die neuen Mitglieder das Gelübde ablegen. Alle stehen auf, die Türen werden geschlossen, es ist ganz still, und das Gelübde wird verlesen – in diesem Moment wird einem bewusst, dass das Amt eine grosse Verantwortung mit sich bringt.

Auf welche inhaltlichen Themen möchtest du dich fokussieren?

Im Stadtzürcher Gemeinderat durfte ich mich als Mitglied der Kommission für Verkehr und Sicherheit für freisinnige Lösungen einsetzen. Diese The-



Claudio Zihlmann

men werde ich wohl auch weiter im Kantonsrat verfolgen – als aktiver Milizoffizier ist mir insbesondere unsere Sicherheit und demzufolge die Sicherheitspolitik wichtig. Weiter liegt mir persönlich das Milizsystem am Herzen. So bekunden immer mehr Gemeinden Mühe, Personen für die Miliztätigkeit zu finden. Hier gilt es, Lösungen zu finden, damit unser wertvolles Milizsystem auch für die Zukunft fit ist.

Noch ein letztes Wort an die Leserinnen und Leser?

Ich freue mich, Sie alle bei einer künftigen Mitglieder-, Delegierten- oder Parteiversammlung kennen zu lernen!

Erfolgreiche Steuersenkung in der Gemeinde Thalwil

Die FDP Thalwil hat an der letzten Budgetgemeindeversammlung erfolgreich mitgeholfen, die von der Exekutive mit vier FDP-Vertretern vorgeschlagene Senkung des Steuerfusses um 2 Prozent beim Stimmvolk durchzubringen.

Dass die Gemeinde Thalwil überhaupt in der Lage war, diese Steuersenkung vorzuschlagen, liegt vorab an den anhaltend hohen Steuereinnahmen bei den Grundstückgewinnsteuern und den natürlichen Personen.

Allerdings ist diese Möglichkeit auch der mittlerweile 50-jährigen erfolgreichen Finanzpolitik der Gemeinde Thalwil geschuldet. Unter der Federführung eines freisinnigen Finanzvorstands wurde stets ein besonderes Augenmerk auf ein diszipliniertes Ausgabenverhalten gelegt. Dabei wurde, wo immer möglich, die Zusammenarbeit auch unter den Gemeinden gesucht, so zum Beispiel im Bereich der Informatik oder der Organisation des Zivilstandsamts. Daneben wurden, wo sinnvoll, Aufgaben extern vergeben, so beispielsweise im Bereich der Alters- und der Kinderbetreuung. Regionales Denken und das Nutzen von Synergien – das sind die wichtigsten Zutaten.

Nach der guten Vorarbeit des Gemeinderats, allen voran von dessen FDP-Mitglieder, musste das Argumentarium für die Gemeindeversammlung erarbeitet und unter den potenziellen Rednerinnen und Rednern verteilt werden. Bei der Vorbereitung ging es vor allem auch darum, potenzielle Argumente der politischen Gegner zu antizipieren und ein entsprechendes Gegenargumentarium bereitzuhalten. Dies betraf nicht nur eigentliche Argumente gegen die Senkung des Steuerfusses an sich, sondern auch mögliche Versuche, das Budget der Gemeinde nach oben anzupassen und mit weiteren Ausgaben anzureichern. Daneben ging es um die Mobilisierung der Mitglieder um diese zur Teilnahme an der Gemeindeversammlung zu motivieren. Und schliesslich musste auch bei den anderen politischen Parteien, allen voran den bürgerlichen Partnern, um Unterstützung für die Steuersenkung geworben und diese eingefordert werden.

Die erfolgreiche Steuersenkung in der Gemeinde Thalwil fusst also auf verschiedenen Pfeilern. Die Beispiele aus anderen Gemeinden zeigen aber, dass auch die Gemeindeexekutive hinter einer Senkung des Steuerfusses stehen muss, ansonsten



Martin Rauber

es für die politischen Parteien sehr schwierig wird, die Stimmbürger zu überzeugen.

Martin Rauber, Vizepräsident FDP Thalwil

Aus der Fraktion

Der Beginn des vierten Quartals 2023 wurde leider auch im Kantonsrat durch den Terrorangriff der Hamas auf Israel überschattet. Dieser Krieg wird nicht nur im Nahen Osten geführt, sondern auch hier in der Schweiz gegen jüdische Einrichtungen und gegen Jüdinnen und Juden. Mit einer gemeinsamen Erklärung aller Parteien, unter der Führung der FDP, haben wir unsere Solidarität mit den jüdischen Glaubensgemeinschaften bekräftigt und uns selber verpflichtet, gegen antisemitischen Hass und Gewalt in Zürich entschieden anzutreten und diesen auf allen Ebenen zu bekämpfen. Der Weg dazu ist weit, aber wir werden ihn konsequent beschreiten.

Ebenso konsequent haben wir uns in der Budgetdebatte für tiefere Steuern und einen schlankeren Staat eingesetzt. Gerne hätten wir, zusammen mit der SVP, die Steuern um 2% gesenkt, leider konnten wir die Mitte und die GLP nur von einer 1%-Senkung überzeugen. Mit einer KEF-Erklärung forderten wir zudem vom Regierungsrat, eine wirksame «Personalbremse» einzurichten. Wir

verlangen keinen Rückbau der Verwaltung und wir lassen sogar weiterhin einen Ausbau zu. Aber wir akzeptieren nicht mehr, dass das Personal wie in den letzten zehn Jahren jedes Jahr deutlich stärker wächst als die Bevölkerung. Diese Forderung für eine Effizienzsteigerung in der Verwaltung liegt nun beim Regierungsrat, und wir bleiben dran.

Die Steuern bleiben auch 2024 ein heisses Thema, der Kanton Zürich ist sowohl für Private wie auch für Unternehmen zur Steuerhölle geworden. Wir müssen das Ruder schnellstens herumreissen, wenn wir unsere Standortattraktivität nicht einbüssen wollen. Mit Vorlagen zur Verminderung der warmen und der kalten Progression sowie mit der Umsetzung des zweiten Schrittes der STAF (Steuerreform und die AHV-Finanzierung) werden Verbesserungen bald entscheidungsreif.

Mit grossem Mehr entschieden hatte sich auch die Delegiertenversammlung vom 21. November 2023, und zwar für ein Parteipräsidium um Filippo Leutenegger mit den beiden Vizepräsidenten Raffaela Fehr und Matthias Müller. Wir haben die ge-



André Müller

meinsame Arbeit aufgenommen, und mein Fazit nach zwei Monaten ist: Das passt super, es läuft hervorragend! Die Fraktion ist darauf angewiesen, dass wir in der FDP alle am gleichen Strick ziehen. Wir ertragen Meinungsverschiedenheiten und konzentrieren uns auf unsere Gemeinsamkeiten. Nur so erreichen wir unsere liberalen Ziele! In diesem Sinne freue ich mich auf ein erfolgreiches Jahr 2024 mit Ihnen allen.

André Müller, Fraktionspräsident



Anliegen – einer gesunden AHV – zu überzeugen. Anschliessend geht es darum, strategisch, organisatorisch und politisch die Weichen zu stellen für unsere Zürcher FDP – sie soll wieder gewinnen! Dafür werden wir im Team alles geben.

Wir danken euch für das Interview und den Einblick!

Am 21. November 2023 wurde Filippo Leutenegger als Parteipräsident der FDP Kanton Zürich, Raffaela Fehr als Vizepräsidentin und Matthias Müller als Vizepräsident gewählt.

Was hat euch motiviert, euch als ein Teil der Führung der FDP Kanton Zürich zur Verfügung zu stellen?

Filippo: Ich will meinen Teil dazu beitragen, dass die FDP wieder klar erkennbare Konturen hat und gewählt wird. Der liberale Kompass stimmt. Die Menschen sollen uns aber nicht nur hören und lesen, sondern wieder spüren: Wir packen an, wir sind nahe bei ihnen. Das Gleiche wollen Raffaela, Matthias und ich parteiintern erreichen: Wir wollen anpacken – und erkennbarer sein.

Raffaela: Wer ist die FDP? Was macht sie? Und vor allem: Wofür steht sie? Das müssen wir gemeinsam klären. Ich war bereit, mit Filippo und Matthias in diese Aufgabe einzusteigen, weil wir in vielerlei Hinsicht eine gewisse «Breite» mitbringen. Das erschien mir wichtig. Jetzt kann ich sagen: Unsere verschiedenen Sichtweisen geben einiges zu diskutieren, und das macht Spass, weil wir am Ende doch am gleichen Strick ziehen.

Matthias: Der Freisinn steht für die besten Werte: Skepsis gegenüber staatlichen Verheissungen und den Versprechungen der Politik, Sympathie für unternehmerische Leistungen, Eigenverantwortung und Gemeinsinn. Auf diese Werte wollen wir uns wieder besinnen und die kantonale Politik prägen – geradlinig, pragmatisch, zupackend.

Was ist eure Quelle der Inspiration? Was macht euch aus?

Filippo: Ich mag Menschen, und ich will, dass sie sich eine Zukunft in Zürich und in der Schweiz vorstellen können. Von meiner Erfahrung in der Wirtschaft und in den Medien kann ich in der aktuellen

Rolle profitieren. Zudem arbeite ich gerne mit jungen Menschen zusammen – das Teamwork mit Raffaela und Matthias funktioniert denn auch ausgezeichnet. Ich bin überzeugt, dass diese Stimmung auch auf die Partei ausstrahlt.

Raffaela: Der ganz normale Alltag mit Familie, Geschäft und Politik ist meine Quelle der Inspiration. Ich bin ein pragmatischer Mensch, der gerne auch mal beginnt, bevor alles bis ins letzte Detail geklärt ist. Darum geniesse ich den Spaziergang früh am Morgen mit meinem Hund, da kann ich nämlich meine Gedanken und To-dos ordnen, um dann entspannt in den Tag zu starten.

Matthias: Ich bin ein sehr neugieriger und vielseitig interessierter Mensch. Der Teamgedanke sagt mir sehr zu, desgleichen neue Herausforderungen. Kraft tanke ich bei Familie und Freunden – und im Gym.

Welche Entwicklungen erwarten uns im Jahr 2024?

Filippo: Bereits am 3. März stehen national und kantonal wichtige Weichenstellungen an. National müssen wir die Finanzierung der AHV nachhaltig sichern. In Zürich kämpfen wir für ein Ja zu den Pistenverlängerungen und zur Anti-Chaoten-Initiative und für ein Nein zur Uferinitiative. Längerfristig müssen wir Themen wie das überbordende Staatswachstum und die Fragen zu Wohnen und Zuwanderung angehen.

Raffaela: Im Kantonsrat haben wir in dieser Legislatur keine klaren Mehrheitsverhältnisse. Das birgt die Chance, dass tragfähige Kompromisse erarbeitet werden, genauso aber auch das Risiko von Zufallsentscheiden. Seien wir gespannt ... Als kantonale FDP werden wir die Zeit nutzen, um das Wir-Gefühl zu stärken, damit wir gemeinsam Freude an der politischen Arbeit haben können.

Matthias: Bis am 3. März steht für mich unsere Renteninitiative im Vordergrund. Ich war und bin viel unterwegs, um die Menschen von unserem

Steckbriefe:

Filippo Leutenegger, geboren 1952, schloss sein Studium der Ökonomie an der Universität Zürich im Jahr 1980 ab. Zwischen 1993 und 1999 war er Redaktionsleiter der Fernsehsendung «Arena» und leitete weitere Sondersendungen. Von 1992 bis 2002 war er Chefredakteur und Mitglied der Geschäftsleitung des Schweizer Fernsehens. Bis 2014 war er in verschiedenen Mediengesellschaften in der Schweiz tätig. Von 2003 bis 2014 war er Nationalrat und von 2003 bis 2007 Mitglied der Geschäftsleitung der FDP Schweiz sowie Vorstandsmitglied der FDP Kanton Zürich. Seit 2014 ist er Stadtrat und derzeit Vorsteher des Schul- und Sportdepartements der Stadt

Raffaela Fehr, geboren 1985, lebt seit 2010 mit ihrer Familie in Volketswil. Sie absolvierte eine Ausbildung zur Chemielaborantin mit Berufsmatura und schloss ein Studium als Betriebsökonomin an der ZHAW Winterthur ab. Derzeit arbeitet sie bei der Hörberatung Hug GmbH. Seit 2018 ist sie politisch in ihrer Gemeinde aktiv, zunächst als Schulpflegerin und seit kurzem als Schulpräsidentin. Seit 2019 ist sie Kantonsrätin.

Matthias Müller, geboren 1992, hat Rechts- mit Wirtschaftswissenschaften an der Universität St. Gallen studiert. Im September 2023 erlangte er sein Anwaltspatent und arbeitet seither als Rechtsanwalt bei der Homburger AG. Er ist seit rund vier Jahren Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz und Mitglied des Parteivorstandes der FDP Schweiz. Daneben bringt er sich bei der FDP Kreis 11 in der Stadt Zürich ein. In seiner Freizeit geht er gerne ins Gym.

Kampagnen

Regine Sauter sagt am 3. März klar Nein zur 13. AHV-Rente.



«Belastet würden insbesondere der Mittelstand durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Erwerbstätigen, also vorwiegend die Jungen, über die höheren Lohnabgaben.»

Am 3. März stimmen wir einmal mehr über ein sozialistisches Ausbauvorhaben unseres Sozialstaates ab. Eine Initiative, lanciert von Gewerkschaften, der SP und Grünen, verlangt die Einführung einer 13. AHV-Rente für alle. Auf den ersten Blick ein sympathisches Anliegen, wer mag dies den Rentnerinnen und Rentnern schon nicht gönnen. Nur – die Initiantinnen und Initianten unterlassen es, ihrem Anliegen ein Preisschild anzuheften. Darum schon mal an dieser Stelle: Fünf Milliarden Franken jährlich würde dies die AHV zusätzlich kosten.

Begründet wird die Initiative damit, dass angesichts des stetigen Kaufkraftverlusts die Renten nicht mehr zum Leben reichen würden. Dieses Argument ist gleich aus zwei Gründen irreführend. Zum einen werden die AHV-Renten regelmässig (mindestens alle zwei Jahre) der Teuerung und der Lohnentwicklung angepasst. Ein allfälliger Kaufkraftverlust wird damit ausgeglichen. Zum anderen muss in diesem Land im Alter niemand ausschliesslich von der AHV leben, denn Ergänzungsleistungen zur AHV sichern das Existenzminimum.

Berufliche Vorsorge modernisieren

Gerade die heutige Generation von Rentnerinnen und Rentnern verfügt in der Mehrzahl über eine gut ausgebaute zweite Säule, da sie ihre Erwerbstätigkeit in einer Zeit ausgeübt hat, als das Pensionskassenobligatorium bereits eingeführt war. Und für jene Personen, die über keine massgebliche zweite Säule verfügen (zum Beispiel, weil sie nur in kleinen Pensen berufstätig waren), ist es ent-

scheidend, dass wir die berufliche Vorsorge modernisieren. Dies betrifft vor allem die Frauen. Es muss in Zukunft auch Personen mit kleinen Einkommen möglich sein, ein Guthaben in der zweiten Säule aufzubauen. Das Parlament hat eine entsprechende Gesetzesänderung verabschiedet, wir werden darüber auch in diesem Jahr abstimmen. Und hierzu gilt es dann, klar Ja zu sagen.

AHV ab 2030 bereits im Minus

Doch zurück zum Preis der Gewerkschaftsinitiative. In der AHV fünf Milliarden Franken jährlich zusätzlich auszugeben, ist verantwortungslos. Denn bereits ohne diese Zusatzausgabe kippt unser wichtigstes Sozialwerk ab 2030 ins Minus. Noch problematischer: Die Initianten sagen nicht, wie sie ihre Wohltat zu finanzieren gedenken. Denn die Wahrheit ist unbequem: Ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent oder die Erhöhung der Lohnabzüge von heute 8,7 auf neu 9,4 Prozent wären nötig.

Belastung vor allem für den Mittelstand

Diese Initiative ist letztlich unsozial. Ohne Berücksichtigung des effektiven Bedürfnisses soll mit der Giesskanne allen Rentnerinnen und Rentnern eine 13. Rente ausbezahlt werden, auch den Millionären. Belastet würden insbesondere der Mittelstand durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Erwerbstätigen, also vorwiegend die Jungen, über die höheren Lohnabgaben. Diese Mogelpackung gilt es offenzulegen. Wir müssen stattdessen heute Lösungen finden für eine langfristige und nachhaltige Sicherung der AHV. Dies wird bereits einen grossen Effort und eine hohe Kompromissbereitschaft der Gesellschaft bedingen. Ein zielloser und nicht finanzierter Ausbau der AHV ist hingegen nicht zu verantworten. Ich sage deshalb klar Nein zur Gewerkschaftsinitiative für eine 13. AHV-Rente.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH









Deine Spende zählt! Sichern wir jetzt gemeinsam unsere AHV.



alternative Bankverbindung * Empfänger: Renteninitiative Konto: 15-357311-9 IBAN: CH78 0900 0000 1535 7311 9

Jetzt mit TWINT spenden!



TWINT-App scannen



Betrag und Spende bestätigen



Kampagnen

Fotobox zur Renteninitiative an der DV 2024 in Zug.



Unser Rentensystem ist aus dem Gleichgewicht. Der AHV droht über die nächsten 25 Jahre ein kumuliertes Defizit von über 100 Milliarden Franken. Die AHV-Renten zukünftiger Generationen sind folglich nicht mehr gesichert. Wie konnte das passieren?

Die Bevölkerung wird immer älter, es kommen weniger Kinder auf die Welt und eine halbe Million Babyboomer erreichen in den nächsten zehn Jahren das Rentenalter – so viele wie noch nie. Um den Generationenvertrag zu sichern und unsere verfassungsmässige Verantwortung zu erfüllen, ist es unerlässlich, jetzt für sichere Renten – sowohl für die heutige als auch für kommende Generationen – zu sorgen.

Vier Optionen zur Sicherung der AHV-Renten

Letztlich existieren vier Optionen zur Sicherung unserer AHV-Rente: Rentenkürzungen, der Anstieg der Mehrwertsteuer oder der Lohnabgaben oder die Erhöhung des Rentenalters. Rentenkürzungen und die weitere Erhöhung von Mehrwertsteuer oder Lohnabgaben gilt es zu vermeiden. Es sind kurzfristige Massnahmen, die tiefere Einkommen und Junge belasten. Die zentrale Stellschraube

zur Sicherung der Renten ist das Rentenalter. Ohne den Mut, das Rentenalter zu erhöhen, bleiben vermeintlich grosse AHV-Reformwürfe nur ein Tropfen auf den heissen Stein.

Strukturelle Reformen nötig

Ein höheres und flexibles Rentenalter liefert die lang ersehnte strukturelle Reform: Die Anzahl Rentner pro Beitragszahler verkleinert sich und die Einnahmen aller Altersvorsorgesysteme steigen.

Die Erhöhung und Flexibilisierung des Rentenalters durch die Renteninitiative bilden einen Rahmen. Nicht alle Berufsgattungen können oder wollen länger arbeiten. Vor allem körperlich anstrengende Berufe gilt es zu unterstützen. Damit wir sozial reformieren, bleiben branchenspezifische Lösungen, wie beispielsweise die Frühpensionierung im Bau, weiterhin möglich.



Entpolitisierung des Rentenalters

Mit der Renteninitiative schaffen wir einen moderaten Reformvorschlag. Dank der Entpolitisierung des Rentenalters passen wir die AHV der demografischen Realität an und sanieren sie für zukünftige Generationen. Lösen wir uns endlich von einer scheiternden «Pflästerlipolitik» und sichern wir unsere Renten nachhaltig. Für eine starke AHV – heute und auch in Zukunft.

Andrea Caroni, Ständerat AR und Vizepräsident der FDP.Die Liberalen Schweiz

Parolenspiegel



für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen

Diese Parolen wurden an der Delegiertenversammlung in Zug am 20. Januar 2024 gefasst. Über die Parole für die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit», über die ebenfalls am 9. Juni 2024 abgestimmt wird, wird an der Parteipräsidentenkonferenz im April befunden werden.

Abstimmungen vom 3. März 2024



Renteninitiative

JA

*

NFIN

13. AHV-Rente

Abstimmungen vom 9. Juni 2024



Kostenbremse-Initiative



Prämien-Entlastungs-Initiative



Mantelerlass

JA

(Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien)

Weitere Abstimmungen



JA

Autobahnausbau

Rückblick Bundesratswahlen

Bundesrat Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Gespräch. Foto: EDA / Pascal Lauener (2023)



Wie haben Sie den Tag der Bundessratswahl erlebt?

Karin Keller-Sutter: «Nach den Ergebnissen der eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober war verständlicherweise eine gewisse Anspannung zu spüren – auch bei der FDP, deren Anspruch auf zwei Bundesratssitze von verschiedener Seite in Frage gestellt worden war. Der Tag selbst verlief dann aber relativ ruhig. Ignazio und ich konnten uns über eine klare Wiederwahl freuen. Einzig am Schluss, bei der Wahl der Bundespräsidentin und der Vizepräsidentin des Bundesrats, bekamen Viola Amherd und ich zu spüren, dass sich in mehreren Fraktionen ein gewisser Unmut über den Ablauf der Bundesratswahlen aufgestaut hatte.»

Ignazio Cassis: «Ich verfolgte die Bundesratswahlen am TV in meinem Büro. Selbstverständlich freute ich mich über die Wiederwahl von Karin und mir. Darauf stiess ich mit meinen engsten Mitarbeitenden an. Ein paar Freunde besuchten mich später im Büro. Viel Zeit zum Feiern blieb allerdings nicht. Schliesslich galt es noch, die wichtige Bundesratssitzung zu Europa am darauffolgenden Freitag vorzubereiten.»

Wo legen Sie Ihre Prioritäten in der neuen Legislatur?

Karin Keller-Sutter: «Klar im Zentrum stehen werden die Bundesfinanzen. Weil höhere Ausgaben für die Armee, die Altersvorsorge und die Ukraineflüchtlinge anstehen, werden die Budgets der kommenden Jahre sehr anspruchsvoll. Sollten die Initiativen für eine 13. AHV-Rente und für höhere Prämienverbilligungen angenommen werden, käme der Bundeshaushalt noch mehr unter Spardruck. Mehreinnahmen wären unumgänglich. Daneben wird auch die Regulierung des Finanzplatzes im Fokus stehen, insbesondere die Weiterentwicklung der 〈Too big to fail›-Regeln im Nachgang zum Untergang der Credit Suisse.»

Ignazio Cassis: «Zentral wird das Europadossier sein. Es ist von grundlegender Bedeutung, den bilateralen Weg zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Zudem werden die Bundesfinanzen im Fokus stehen: Es wird nicht einfach, in der Bundesverwaltung und im Parlament die Appetite zu dämpfen, nach so vielen Jahren Schönwetterlage. Karin wird im Finanzdepartement eine Schlüsselrolle übernehmen und die Verteilkämpfe moderieren. Ich werde sie unterstützen.»

Was möchten Sie den Lesern und Leserinnen des «Freisinns» noch gerne sagen in Bezug auf die neue Legislatur?

Karin Keller-Sutter: «Nach einer Legislatur der Krisen – Pandemie, Ukrainekrieg, drohende Energiemangellage – müssen wir wieder Abstand nehmen von der Vorstellung, dass der Staat in allen Lebenslagen einfach einspringen und Leistungen garantieren kann. Zumal, ich habe es gesagt, finanzpolitisch anspruchsvolle Zeiten auf uns zukommen. Insgesamt bin ich aber zuversichtlich, weil die Schweiz gut aufgestellt ist und es uns im internationalen Vergleich immer noch gut geht – auch dank der soliden Finanzpolitik der vergangenen Jahre.»

Ignazio Cassis: «Die Wahlen 2023 sind ein Weckruf für die Schweiz und insbesondere für uns Freisinnige. Für die Schweiz, weil die Welt viel unruhiger geworden ist: Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand sind leider nicht mehr automatisch gesichert. Für die Freisinnigen eigentlich eine Opportunität, weil wir diejenigen sind, die für Freiheit und Eigenverantwortung stehen. Aber wir müssen wieder fähig sein, mit gutem Beispiel voranzugehen.»

Delegiertenversammlung

Parteipräsident Thierry Burkart bei seiner Rede an der Delegiertenversammlung in Zug. Foto: Jannik Kaiser



Ich freue mich, Sie heute in Zug so zahlreich begrüssen zu dürfen. Erlauben Sie mir, einen Gast heute ganz speziell zu begrüssen. Es ist unser ehemaliger Bundesrat Kaspar Villiger. Lieber Kaspar, es ist uns eine Freude und Ehre, dass du hier bist. Du bist und bleibst ein absolutes Aushängeschild und ein Leuchtturm unserer Partei, aber vor allem auch der liberalen Politik in diesem Land!

Ja, liebe Freisinnige, wir mussten am 22. Oktober ein Resultat entgegennehmen, das wir uns so nicht gewünscht hatten. Und wir müssen konstatieren: Wir verfehlten unsere Ziele. Wir müssen entsprechend kritisch auf unsere Arbeit zurückschauen.

In den letzten Wochen haben wir eine interne Analyse vorgenommen. Diese wird ergänzt durch eine externe Analyse. Und die Konsequenzen? Die werden wir in drei Arbeitsgruppen erarbeiten, die wir gerade gestern an der Parteipräsidenten-Konferenz eingesetzt haben. Eine Arbeitsgruppe ist zuständig für personelle, strukturelle und organisatorische Verbesserungen. Eine zweite befasst sich mit Fragen der Programmatik und definiert Anpassungen und/oder Themen, bei denen wir uns klar und besser positionieren müssen. Die dritte Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der Stärkung unserer Kampagnenfähigkeit. Alle diese Erkenntnisse und Vorschläge für daraus fliessende Massnahmen werden wir euch an der nächsten Delegiertenversammlung im Juni vorstellen.

Wenn ich aber zurückschaue auf die letzten Monate, dann darf ich sagen, dass ich sehr, sehr viele positive Aspekte mitnehmen konnte. Ich stellte fest, dass bei uns in der Partei, Unkenrufen zum Trotz, die Stimmung und die Motivation wirklich hervorragend sind. Man ist gerne bei der FDP; man engagiert sich bereitwillig für unsere Partei und setzt sich gerne ein für die Politik, die wir Freisinnige vertreten.

Denn unsere Partei, unsere Werte, unsere Politik braucht es mehr denn je! Wer soll dieses Land zukunftsfähig machen, wenn nicht wir Freisinnige? Nichtsdestotrotz müssen lernen, klar zu zeigen, dass wir für die Menschen Politik machen. Wir müssen aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger kommunizieren. Wir müssen aufzeigen, dass es zum Vorteil einer Wählerin und eines Wählers ist, wenn man FDP wählt. Wir müssen aufhören, in irgendwelchen abstrakten Gebilden zu kommunizieren. Und vor allem müssen wir lernen aufzuzeigen, dass die liberale Politik keine kalte, menschenfeindliche Politik ist. Nein, das Gegenteil ist

der Fall. Die liberale Politik ist eine Politik mit Herz und für die Menschen.

Wo Not herrscht, sind wir einverstanden, dass der Staat hilft. Wir wollen Armut bekämpfen. Aber wir wollen sie dort bekämpfen, wo sie besteht, und nicht einfach mit der Giesskanne auch diejenigen beglücken, die nicht darauf angewiesen sind. Das ist liberale Politik im Sinne der sozialen Marktwirtschaft. Wir setzen uns nicht ein für die Wirtschaft per se. Wir setzen uns ein für die Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land; für jene Menschen, die bereit sind, ein Risiko einzugehen; für jene Menschen, die innovativ sind; für jene Menschen, die Arbeitsplätze schaffen und Verantwortung für die Menschen übernehmen. Für diese Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger, für die Rahmenbedingungen ihrer Unternehmen, setzen wir uns ein.

«Die liberale Politik ist eine Politik mit Herz und für die Menschen.»

Auch bin ich überzeugt davon, dass es notwendig ist, dass wir Fragen der Bildungspolitik wieder vermehrt in Politik und Gesellschaft diskutieren. Ich weiss natürlich, Bildungspolitik ist primär Sache der Kantone. Das soll uns aber als nationale Partei nicht daran hindern, dass wir uns dazu Grundsatzüberlegungen anstellen, diese festlegen und dann in den Kantonen auch umsetzen. Die Freisinnigen wussten immer: Bildung ist wichtig für die Menschen in diesem Land, denn nur gut ausgebildete Menschen haben die Fähigkeit, etwas aus ihrem Leben zu machen und auf ihren eigenen Beinen zu stehen. Wir müssen feststellen, dass unsere Fähigkeiten, also der Output aus unserem Bildungssystem, nicht wirklich besser werden. Hier müssen wir ansetzen. Und ich glaube, hier gibt es viel zu tun.

Sie sehen, liebe Freisinnige, uns braucht es! Es braucht uns mehr denn je! Es gibt viel zu tun. Wir wollen es anpacken. Ich danke Ihnen jetzt schon dafür, dass Sie bereit sind mitzuarbeiten. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie bereit sind, sich für unsere Überzeugungen und für unsere Politik einzusetzen.

Thierry Burkart, Parteipräsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Wir geben diesen Auszug in Absprache mit dem Parteipräsidenten wieder. Es handelt sich um eine Transkription der mündlich gehaltenen Rede.

Delegiertenversammlung

Breite Unterstützung der Wirtschaftsverbände für die Renteninitiative.



Gleich sechs Parolen wurden an der Delegiertenversammlung in Zug gefasst. Über 350 Freisinnige setzten ein klares Zeichen für sichere AHV-Renten. Die Delegierten sprachen sich ebenfalls gegen eine weitere Verstaatlichung des Gesundheitswesens sowie für eine leistungsfähige Infrastruktur aus. Nach einer Schweigeminute für den verstorbenen alt Ständerat Dick Marty rief Parteipräsident Thierry Burkart die Parteibasis dazu auf, an der liberalen Grundgesinnung der Partei festzuhalten.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter spricht zur Schuldenbremse.



Alt Bundesrat Kaspar Villiger nahm ebenfalls an der DV teil.

Delegiertenversammlung



Ständerat Matthias Michel (ZG) im Gespräch mit Nationalrat und Fraktionspräsident Damien Cottier (NE).



Andri Silberschmidt erklärt den Delegierten das Vorhaben des Prämien-Entlastungs-Initiativkomitees.



Bundesrat Ignazio Cassis bei seiner Rede zur Europapolitik.



Bettina Balmer, Nationalrätin (ZH).



Nationalrat Heinz Theiler (SZ).



Regine Sauter informiert vor der Parolenfassung über die Kostenbremse-Initiative.

Europapolitik

Simon Michel



Der bilaterale Weg ist ein Erfolgsmodell. Mit den Bilateralen III will die Schweiz die gute Beziehung zu unseren europäischen Partnern auch in Zukunft sicherstellen und weiterentwickeln. Insbesondere die SVP schimpft dies eine Unterwerfung, eine Anpassung, eine Unterjochung. Dabei geht es im Kern um die Fortführung unseres «Schweizer Modells». Aber auch in unseren Reihen gibt es skeptische Stimmen. Deshalb ist es wichtig, dass wir das finale Verhandlungsresultat des Bundesrates abwarten. Gleichzeitig aber sollten wir uns die Frage stellen, was denn die Alternativen sein könnten.

Die Schweiz ist mit Europa wirtschaftlich und gesellschaftlich eng verbunden. Über 50 Prozent unserer Exporte gehen in Länder der EU, gegen 70 Prozent der Importe kommen aus Ländern der EU. Das Handelsvolumen beträgt über 1 Milliarde Franken pro Arbeitstag. Wir teilen gemeinsame Werte, Geschichte und Kultur.

Bilaterale Verträge vs. Freihandelsabkommen

Als zentrales Bindeglied zwischen der Schweiz und der EU agieren die bilateralen Verträge. Sie gehen wesentlich weiter als Freihandelsabkommen, bei denen es in erster Linie um den Abbau von Zöllen geht. Die bilateralen Verträge beinhalten in Bezug auf Güter insbesondere auch Produktzulassungen, gemeinsame Standards oder den Zugang zu gemeinsamen Datenbanken mit fehlerhaften Produkten. Ein Produkt, das in der Schweiz hergestellt und zugelassen wird, kann damit automatisch auch in Ländern der EU verkauft werden und umgekehrt.

Die bilateralen Verträge sind eine massgeschneiderte Lösung für beide Seiten. Sie sind ein Erfolgsmodell für die Schweiz, jedoch auch ein Sonderweg für die EU. Ein Sonderweg, der sich in den letzten Jahren langsam zu einer unbefestigten Strasse entwickelt hat und irgendwann enden könnte, wenn er nicht neu befestigt wird. Swissmem spricht deshalb auch von einem «dringend notwendigen Service».

Verhandlungsrahmen mit sektoriellen Abkommen

Der Bundesrat hat es geschafft, in den Sondierungsgesprächen einen neuen Verhandlungsrahmen mit sektoriellen Abkommen aufzusetzen. Ein Modell ohne horizontale, institutionelle Verpflich-

Europapolitik



«Eines ist jedoch klar: Das Nichtstun, die Erosion, das Auslaufen der Verträge ist keine Option.»



Maroš Šefčovič, EU-Vizekommissionspräsident und Verantwortlicher für das Schweiz-Dossier. Foto: Europäische Union (2023)

tungen, wie das bei weiterführenden Freihandelsabkommen der Fall ist, stattdessen mit klaren Regeln pro Abkommen mit für die Schweiz vorteilhaften Ausnahmen. Dadurch sollen die Bilateralen I und II abgesichert und neue Kooperationen, zum Beispiel im Zugang zum Strommarkt, ermöglicht werden.

Nichtstun ist keine Option

Die Verhandlungen mit der EU werden voraussichtlich diesen März beginnen. Wie hoch der Preis für das Paket der Bilateralen III schlussendlich sein wird, wird sich im Detail erst in rund einem Jahr zeigen. Eines ist jedoch klar: Das Nichtstun, die Erosion, das Auslaufen der Verträge ist keine Option. Dadurch würden unweigerlich auch Errungenschaften wie Schengen/Dublin wegfallen, und die Schweiz würde zu einem Drittstaat, mit all seinen Konsequenzen beim Reisen, beim Handeln, beim Zugang zu Arbeitsstellen, usw.

Ohne die Bilateralen III gibt es keine Aktualisierung bestehender Abkommen mehr. So hat die

EU-Kommission 2019 die Börsenäquivalenz nicht verlängert. Unsere Forschenden und Schulen zahlen den Preis für den Verlust der Assoziierung bei Horizon Europe oder Erasmus. Die Nichtaktualisierung des MRA (Mutual Recognition Agreement) hat die Schweizer Medtech-Branchen faktisch über Nacht als erste von 20 Branchen vom EU-Markt ausgeschlossen. Aufwendige Produktneuzulassungen waren notwendig. Weitere Branchen, wie Baustoffe, Spielwaren oder Maschinen, folgen ab 2026, wenn wir bis dann keine Lösung haben.

Bilaterale Abkommen als Königsweg

Bleibt die Alternative eines erweiterten Freihandelsabkommens basierend auf jenem von 1972, wie es von Gegnern des bilateralen Wegs gerne ins Spiel gebracht wird. Ein Freihandelsabkommen schlösse jedoch die Landwirtschaft mit ein, führte zur Übernahme von Sozial- und Umweltnormen und stünde in Konflikt mit den staatlichen Beihilfen, Stichwort Kantonalbanken. Ist das mehrheits-

fähig? Es darf bezweifelt werden. Der bilaterale Weg ist und bleibt der Königsweg.

Mit den Bilateralen III haben wir die Chance, die Beziehungen mit der EU zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Als Unternehmer, FDP-Nationalrat und APK-Mitglied werde ich mich für eine gute Vorlage einsetzen. Dem Verhandlungsteam wünsche ich viel Erfolg und Durchhaltewillen!

Simon Michel, Nationalrat SO und CEO Ypsomed Holding AG



FDP-Position zu Europa.

Migrationspolitik

Pressekonferenz der FDP zur Migrationspolitik (2023). Fotos: Jannik Kaiser



Seit vielen Jahren beschäftige ich mich mit dem Thema Migration. In der letzten Session wurden zwei meiner drei Motionen, die der Ständerat bereits angenommen hatte, auch vom Nationalrat angenommen.

Die eine betraf die Forcierung der Dublin-Rückführungen nach Italien, die Italien seit Dezember 2022 verweigert, die andere die konsequente Rückführung von algerischen Staatsangehörigen, die unser Land verlassen müssen. Die letzte wurde unverständlicherweise von der gesamten Linken und mithilfe der Mitte abgelehnt. Mit dieser Motion sollte eine Lösung für die Rückführung von eritreischen Staatsangehörigen gefunden werden, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die in ihr Herkunftsland zurückkehren müssen, da ihnen kein internationaler Schutz zusteht.

FDP-Migrationsprogramm «Hart, aber fair»

Seit den eidgenössischen Wahlen im Herbst polarisiert das Thema Migration die Schweizer Politik. Die einen wollen die Türen unseres Landes weit öffnen und die anderen wollen sie doppelt verriegeln. Leider führt diese von Schwarz-Weiss-Denken geprägte Weltsicht nicht weiter. Aus diesem Grund hat die FDP bereits Jahre zuvor das Migrationsprogramm «Hart, aber fair» lanciert und hält daran fest. Es steht für unsere Migrationspolitik, die ausgewogen und menschlich sein muss, aber unerbittlich gegenüber jenen Migranten, die in der Schweiz Straftaten begehen, sich nicht an unsere Gesetze halten und versuchen, unser System auszunutzen.

Diese ausgewogene Politik ist vielleicht weniger spektakulär als das Einnehmen von scharfen oder gar extremen Positionen, die in der Tatsache keine Lösung für das Problem bieten, sondern im Gegenteil die Polarisierung innerhalb unserer Gesellschaft verstärken und die Akzeptanz für unser noch funktionierendes Asylsystem schwinden lassen.

Vor allem aber vergisst die FDP nicht, dass die Migration das Schicksal von Menschen, unseren Mitmenschen, widerspiegelt. Deshalb müssen wir diese Menschlichkeit im Auge behalten, wenn wir über Migration sprechen. Es ist uns ein zentrales Anliegen, mit unserem Handeln unserer langjährigen humanitären Tradition gerecht zu werden.

Der UNO-Migrationspakt von 2018

Die internationale Gemeinschaft hat am 10. Dezember 2018 den Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (Migrationspakt) verabschiedet. Der Migrationspakt basiert auf den internationalen Menschenrechten und bekräftigt die Verpflichtung der Staaten, alle Menschenrechte für alle Migranten zu achten, zu schützen und umzusetzen. Bei der Eröffnung der Konferenz in Marrakesch bezeichnete UN-Generalsekretär António Guterres den Pakt als «Fahrplan zur Verhinderung von Leid und Chaos». Er

«Hart, aber fair» steht für unsere Migrationspolitik, die ausgewogen und menschlich sein muss, aber unerbittlich gegenüber jenen Migranten, die in der Schweiz Straftaten begehen, sich nicht an unsere Gesetze halten und versuchen, unser System auszunutzen.»

Migrationspolitik



«Ich bin der
Überzeugung, dass es
an der Zeit ist, uns
international an der
Bewältigung der
Migrationskrise zu
beteiligen, dabei aber
unser Schweizer
Rechtssystem und
unsere unabhängige
Migrationspolitik zu
bewahren.»



Ständerat Damian Müller an der DV in Kreuzlingen (2023).

betonte, dass der Pakt kein neues Recht auf Migration und die Pflicht, Migranten aufzunehmen, schafft, sondern stellte klar, dass «Migranten unabhängig von ihrem Status Menschenrechte geniessen sollten». Zudem sollen Migrationsgründe reduziert und die internationale Zusammenarbeit bspw. für die Rückkehr von Migranten verbessert werden.

Überprüfung aufgrund von Vorbehalten in der Bevölkerung

Das Parlament stand seiner Unterzeichnung damals zögerlich gegenüber. Dies, nachdem grosse Vorbehalte aus der Bevölkerung geäussert wurden. Nun hat der Bundesrat, nachdem die Frage zu Soft-Law ausführlich behandelt und dargelegt wurde, einen Bericht zu den Auswirkungen des Pakts vorgelegt. In seinem Bericht zeigt das EDA auf, dass der Pakt nur Soft Law-Bestimmungen enthält und keine negativen Auswirkungen ersichtlich sind. Der Pakt beinhaltet also keine rechtlichen Verpflichtungen für die Schweiz, sondern empfiehlt lediglich bestimmte Massnahmen, die ergriffen werden sollten. Angesichts dieser überzeugenden Erklärungen schlug ich in der aussenpolitischen Kommission des Ständerates vor, dass die Schweiz den Migrationspakt unterzeichnet und sich dem Konzert der Nationen anschliesst.

Annahme nur, wenn mit schweizerischem Recht

Dies jedoch nicht, ohne die Ängste aus der Bevölkerung zu adressieren und nötige Klarstellungen und Vorbehalte festzuhalten. So möchte ich mit meinem Antrag sicherstellen, dass die Annahme des Paktes mit dem geltenden schweizerischen Recht vereinbar ist und sich durch den Beitritt keine Änderung begründen lässt. Zudem sollen künftige Weiterentwicklungen der Bundesversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Weiter wird klargestellt, dass gewisse Massnahmen von der Schweiz nicht mitgetragen werden, beispielsweise was Einschränkungen der Medienfreiheit anbelangt.

Ich bin der Überzeugung, dass es an der Zeit ist, uns international an der Bewältigung der Migrationskrise zu beteiligen, dabei aber unser Schweizer Rechtssystem und unsere unabhängige Migrationspolitik zu bewahren. Deshalb bin ich der Meinung, dass es für die Schweiz an der Zeit ist, den Migrationspakt zu unterzeichnen, da dieser unser Asylgesetz nicht tangiert. Denn für uns gilt nach wie vor: Rückführungen haben absolute Priorität und wir halten unmissverständlich an unserer Haltung «Hart, aber fair» fest!

Damian Müller, Ständerat LU

Energiepolitik

Roger Federer 2005 in Wimbledon. Wikimedia Commons



Erinnern Sie sich noch an den ersten Wimbledon-Titel von Roger Federer? Das war im Jahr 2005. Federer ist mittlerweile weg. Die Erhöhung der Grimsel-Staumauer wartet jedoch immer noch auf die Bewilligung, obwohl diese ebenfalls im Jahr 2005 beantragt wurde. Wie soll die Schweiz ihre Energiezukunft meistern, wenn selbst die Erhöhung einer seit Jahrzehnten bestehenden Staumauer im bürokratischen Dickicht stecken bleibt?

Eine wichtige Vorlage, um in dieser Frage endlich voranzukommen, ist das Bundesgesetz über die sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Der sogenannte Mantelerlass beinhaltet zielführende Massnahmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien in den Bereichen Wasserkraft, Solar- und Windenergie. Insgesamt leisten die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung unserer Stromversorgung und zur Erreichung der Klimaziele 2050. Denn unser Land will in knapp 25 Jahren emissionsfrei sein. Konkret bedeutet dies, dass wir keine klimaschädlichen Gase mehr ausstossen dürfen oder diese durch Einsparungen an anderer Stelle kompensieren müssen.

Zusätzlicher erneuerbarer Strom benötigt

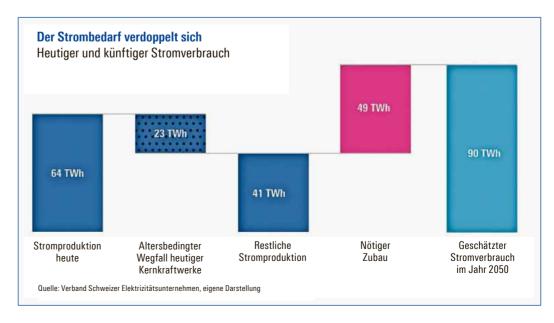
Den Weg hin zu Netto-Null 2050 hat das Stimmvolk im vergangenen Juni mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Gletscherinitiative unterstützt. Damit dies gelingt, brauchen wir viel zusätzlichen erneuerbaren Strom. Mit dem steigenden Strombedarf und dem Wegfall bestehender

Kernkraftwerke entsteht eine Stromlücke von voraussichtlich rund 50 TWh (siehe Grafik). Im neuen Stromgesetz sind klare Ziele festgeschrieben, um die inländische Stromproduktion durch den raschen Aus- und Zubau erneuerbarer Energien zu steigern. So sollen die Erneuerbaren (ohne Wasserkraft) bis 2035 35 TWh und bis 2050 45 TWh liefern. Die Wasserkraft soll ihre Produktion bis 2035 auf 37,9 TWh und bis 2050 auf 39,2 TWh steigern. Das Gesetz will dies primär durch Investitionsanreize und Planungssicherheit erreichen. Hinsichtlich des Landschaftsschutzes wurde intensiv über das Verhältnis Schutz versus Nutzen diskutiert und gerungen. Gesamthaft gesehen wurden tragfähige Kompromisse geschmiedet. So konnte zum Beispiel die Forderung nach einer generellen Solarpflicht aus dem Gesetz entfernt werden. Demgegenüber hatten wir leider keinen Erfolg mit dem Begehren nach einer vollständigen Öffnung des Strommarktes. Gerade diese Öffnung hätte Marktelemente gebracht und den Konsumentinnen und Konsumenten die Möglichkeit gegeben, ihren Lieferanten selbst zu wählen. Ein kleiner Erfolg ist aber die Schaffung von lokalen Stromgemeinschaften, sogenannten LEGs.

Ein Ja ist essenziel

Mit der sehr klaren Verabschiedung des Stromgesetzes hat das Parlament ein eindrückliches Zeichen gesetzt. Trotzdem ist es einer kleinen Gruppe von Landschaftsschützern und Windkraftgegnern gelungen, das Referendum zu ergreifen. Die Bevölkerung wird voraussichtlich im Juni 2024 über die Vorlage abstimmen. Die Unterstützung der Stimmberechtigten an der Urne ist essenziell: Die Dringlichkeit ist hoch und das Gut – die Versorgungssicherheit in der Schweiz – von enorm hoher Bedeutung. Denn Energiesicherheit betrifft uns alle. Setzen wir uns also gemeinsam ein für eine sichere Zukunft!

Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin SG



KOLUMNE

AHV für Babyboomer sichern

Die Schweizer Bevölkerung lebt länger. Die Geburtenrate sinkt. Der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung sinkt ebenfalls. Diese langfristigen Trends führen dazu, dass der AHV gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen in den kommenden 25 Jahren über 100 Milliarden Schweizer Franken fehlen. Handeln wir nicht jetzt, werden in Zukunft die Mehrwertsteuer und Lohnabgaben massiv erhöht werden müssen.

Dies hätte zur Folge, dass alle in der Schweiz eine finanzielle Mehrbelastung erfahren würden. Der arbeitenden Bevölkerung würde jeden Monat mehr Abgaben von ihrem Lohn abgezogen werden. Die konsumierende Bevölkerung müsste bei jedem Einkauf mehr Steuern zahlen, um die AHV-Finanzen zu stabilisieren. Wir sprechen von durchschnittlich vier Milliarden Schweizer Franken, die pro Jahr fehlen. Das ist viermal so viel, wie der Bund pro Jahr für die Berufsbildung ausgibt. Handeln wir nicht jetzt, wird der Bund schmerzliche Sparmassnahmen umsetzen müssen, um die AHV zu sanieren. So weit darf es nicht kommen.



Die Renteninitiative sieht einen Weg ohne höhere Steuern und Abgaben vor. Die Volksinitiative, welche am 3. März 2024 zur Abstimmung kommt, verlangt, dass das Rentenalter schrittweise in den kommenden zehn Jahren auf 66 Jahre angehoben wird. Im Anschluss soll es an die Lebenserwartung gebunden werden. Die Logik ist simpel. Wir beziehen heute durchschnittlich zehn Jahre länger eine AHV-Rente als bei der Gründung der AHV. Wir zahlen aber immer noch

gleich lange ein. Diese Rechnung geht nicht mehr auf. Wenn wir alle ein paar Monate länger einzahlen, können wir die AHV-Finanzen und somit die AHV-Renten der Babyboomer-Generation sichern.

Es ist klar, dass nicht jede und jeder bis 65 oder 66 Jahren arbeiten kann. Für die betroffenen Personen und Branchen müssen – wie dies heute zum Beispiel in der Baubranche bereits der Fall ist – sozialverträgliche Lösungen gefunden werden. Das Parlament wird dies bei der Umsetzung der Initiative berücksichtigen müssen. Die Arbeitslosen- wie auch die Sozialhilfequote sind auf einem historischen Tiefstand. Die Arbeitgeber suchen händeringend nach Arbeitskräften. Mit der Anpassung des Rentenalters würde auch die Migration reduziert, da weniger Personal aus dem Ausland rekrutiert werden muss. Stimmen wir Ja zu einer gesunden AHV und somit Nein zu mehr Steuern und Abgaben.

Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH und Vizepräsident FDP.Die Liberalen Schweiz



AHV ruinieren?

Kosten in Milliardenhöhe ruinieren unsere AHV

Bis 2033 gibt die AHV wegen der Alterung der Bevölkerung mehr als 3 Milliarden Franken mehr aus, als sie einnimmt. Die zusätzlichen jährlichen Kosten von 5 Milliarden Franken durch die Initiative fahren die AHV finanziell an die Wand.

Die 13. AHV-Rente macht die jüngsten Reformschritte zunichte

Eine 13. AHV-Rente nach dem Giesskannenprinzip kostet mehr als dreimal so viel, wie die Angleichung des Frauenrentenalters auf 65 an Einsparungen bringt. Auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer vom 1.1.2024 von 7.7% auf 8.1% zugunsten der AHV würde für die Finanzierung der 13. AHV-Rente nicht ausreichen und eine weitere Erhöhung auf 9.1% in 2026 wäre absehbar.

Mehrkosten für Bund. Wirtschaft und Privathaushalte

Die Initiative könnte nur über höhere Bundes- und Mehrwertsteuer sowie Lohnabgaben finanziert werden. Spürbare Mehrausgaben für Bund, Arbeitgeber und Privathaushalte wären die Folge. Die Linken ruinieren die AHV und die Kaufkraft auf einen Schlag.

Generationengerechtigkeit geht in beide Richtungen

Die 13. AHV-Rente würde schon ab 2026 für ein negatives Umlageergebnis sorgen und so bis 2050 einen Schuldenberg von 115 Milliarden Franken anhäufen. Bezahlen müssten das die erwerbstätigen Generationen.

3. März 2024 www.13ahvnein.ch

